



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Versorgung öffentlicher Gebäude mit Glasfaserkabel durch den Freistaat Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Ausbau von schnellem Internet als eigene Aufgabe zügig voranzutreiben.

Dazu soll als eine erste Zielsetzung und Maßnahme zählen, alle staatlichen und sonstigen öffentlichen Gebäude und Einrichtungen bis Ende 2015 an das Glasfasernetz anzuschließen. Zu öffentlichen Gebäuden zählen alle Gebäude und Einrichtungen, in denen staatliche oder andere öffentliche Aufgaben erfüllt werden, an deren Erfüllung der Freistaat ein eigenes Interesse hat oder deren Erfüllung er zumindest überwacht.

Begründung:

Die Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen in ganz Bayern ist Ziel unserer Verfassung. Dazu ist es auch notwendig, in den ländlichen Regionen schnelles Internet zur Verfügung zu stellen – nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die breite Bevölkerung. Unternehmen werden sich künftig nur in den ländlichen Regionen ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen, wenn auch die Breitbandversorgung als wichtige Infrastruktur stimmt.

Der aktuelle Stand beim Ausbau von schnellem Internet im Rahmen des neu aufgelegten Breitbandförderprogramms ist jedoch erschreckend. Es gibt Landkreise in Bayern, in denen noch keine Gemeinde oder Stadt einen Bedarf angemeldet hat. Der große bürokratische Aufwand schreckt viele Kommunen ab. Bis 2014 stehen im aktuellen Förderprogramm 500 Mio. Euro zur Verfügung. Ein Betrag, der kaum abgerufen wird – zu kompliziert ist das Antragsverfahren. Viele Kommunen werden ihren Versorgungsgrad in den kommenden Jahren daher nicht verbessern.

Derzeit benachteiligt sind vor allem die Kommunen in den ländlichen Regionen. Im Vergleich zu den Ballungsräumen ist eine Internetanbindung mit 50 Mbit/s auf dem Land eine Seltenheit. Von einer zukunftsfähigen Versorgung, die über die bloße Grundversorgung hinausgeht, ist noch lange keine Rede.

Dass die Herkulesaufgabe „Breitbandausbau“ die Kommunen alleine nicht schultern können, ist in den vergangenen Jahren nur allzu deutlich geworden. Deshalb muss der Freistaat Bayern den Breitbandausbau endlich auch als eigene Aufgabe begreifen und entsprechende Maßnahmen einleiten. Ministerpräsident Horst Seehofer hat sich in seiner Regierungserklärung dafür ausgesprochen, Bayern zur Leitregion für den digitalen Aufbruch zu machen. Bis 2018 soll ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz geschaffen werden. Auch Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder sieht die Versorgung mit schnellem Internet als eine „Frage der Daseinsvorsorge“. Laut Staatsminister Dr. Söder muss der Breitbandausbau zur Staatsaufgabe werden. Demnach wäre die Versorgung aller staatlichen und sonstigen öffentlichen Gebäude und Einrichtungen mit Glasfaser ein erster richtiger und vor allem effektiver Schritt und würde auch mit den Zielen der Staatsregierung übereinstimmen. Dieses so entstehende leistungsfähige Glasfasernetz würde den Kommunen eine gute Grundlage bieten, Ergänzungen leichter zu vollziehen und den Ausbau von schnellem Internet auch tatsächlich zu ermöglichen.